



**Informationen zur Datenerhebung
gemäß Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Verantwortlich für die Datenerhebung und -verarbeitung ist das Landratsamt Göppingen, Locher Straße 6, 73033 Göppingen. Telefon 07161 202-0, Telefax 07161 202-1199, E-Mail info@lkgp.de .

Den Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes erreichen Sie unter Telefon 07161 202-1077, Telefax 07161 202-1390 oder E-Mail datenschutz@lkgp.de .

Im Sachgebiet 42.4-2 (Jugendhilfe im Strafverfahren und Geschäftsstelle für gesetzlichen Jugendschutz) werden personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet, um unsere gesetzlichen Aufgaben bei der Mitwirkung in Jugendstrafverfahren, in Ordnungswidrigkeitsverfahren und im Rahmen des gesetzlichen Jugendschutzes wahrnehmen zu können.

Die Rechtsgrundlagen dafür sind § 52 Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII) in Verbindung mit § 38 Jugendgerichtsgesetz (JGG), §§ 67 ff. Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X), § 98 Ordnungswidrigkeitsrecht (OWI), § 5 Absatz 2 und 3 in Verbindung mit § 11 Jugendschutzgesetz (JuSchG) sowie § 6 Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG).

Ihre Angaben gegenüber der Jugendhilfe im Strafverfahren sind freiwillig. Wenn Sie keine oder keine vollständigen Angaben machen, können wir unsere gesetzlichen Aufgaben nicht bzw. nur unzureichend erfüllen.

Wir speichern die erforderlichen Daten, solange wir sie zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben benötigen. Bei der Mitwirkung in Jugendstrafverfahren geschieht dies mindestens bis zur Vollendung Ihres 21. Lebensjahres. Die Speicherdauer beträgt 5 Jahre nach Eingang des letzten Schriftsatzes und kann deshalb unter Umständen bis zu Ihrem 26. Lebensjahr dauern.

Zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben übermitteln wir Ihre Daten im erforderlichen Umfang an das Jugendgericht und an die Staatsanwaltschaft. Sofern erforderlich werden personenbezogene Daten auch an Stellen und Institutionen übermittelt, die mit der Durchführung von richterlichen Weisungen (z.B. Soziale Trainingskurse) beauftragt werden oder bei denen Sie richterliche Auflagen (z.B. unentgeltliche Arbeit) zu erfüllen haben.

Ihnen stehen unter den dort genannten Voraussetzungen folgende Rechte zu:

- Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 EU-DSGVO).
- Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 EU-DSGVO).
- Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 EU-DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 EU-DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 EU-DSGVO.
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Ihren Rechtsansprüchen benötigt werden (Artikel 18 Absatz 1 lit. b und c EU-DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

Sie können Ihre Einwilligung in die Datenverarbeitung jederzeit widerrufen. Ihren Widerruf richten Sie an die Sachgebietsleitung der Jugendhilfe im Strafverfahren, Eberhardstraße 20/2, 73033 Göppingen, E-Mail jgh@lkqp.de Telefon 07161 202-4361. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten unrechtmäßig ist, können Sie sich mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Königstraße 10 a, 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Telefon 0711 615541-0, Fax 0711 615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de wenden.